

ISSN 0939-3013 | € 12,80
ISBN 978-3-7410-0236-6

PER SPEK TIVEN

D perspektivends
Zeitschrift für
Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
S Was ansteht:
Weichenstellungen
in die Zukunft

38. Jahrgang

1

21

SCHÜREN

perspektiven des demokratischen
sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
38. Jahrgang 2021 Heft 1
ISBN 978-3-7410-0236-6
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus (HDS) e. V.
von Hermann Adam, Nils Diederich, Helga
Grebing (†), Leo Kießler, Richard Saage und
Karl Theodor Schuon

Redaktionsbeirat: Bernhard Clausen, Klaus Faber (†),
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Klaus Kost, Jens Kreibbaum, Hendrik Küpper,
Kira Ludwig, Ralf Ludwig, Thomas Meyer,
Andreas M. Müggenburg, Simon Obenhuber,
Roland Popp, Sibylle Reinhardt, Lars Rensmann,
Moritz Rudolph, Hans-Joachim Schabedoth (†),
Klaus-Jürgen Scherer, Wolfgang Schroeder, Joachim
Spangenberg, Heinrich Tiemann, Gert Weißkirchen
Redaktion dieser Ausgabe: Klaus-Jürgen
Scherer (verantwort.), Kira Ludwig, Hendrik Küpper,
Laura Clarissa Loew
Gestaltung: Erik Schüßler

Geschäftsstelle der Hochschulinitiative
Demokratischer Sozialismus
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin
Kontakt: kjs@hochschulinitiative-ds.de

Weitere Informationen unter:
www.hochschulinitiative-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu *perspektivends* und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die *perspektivends* erscheinen zweimal im Jahr.
Einzelpreis € 12,80, Jahresabo € 22,00 incl. Versand.
Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Booksfactory, Stettin

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die
Vision einer freien, gerechten und solidarischen
Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine
dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres
Handelns ist die soziale Demokratie.*

– Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Was ansteht. Weichenstellungen in die Zukunft

perspektivends 1/21

INHALT

EDITORIAL

4

AKTUELL

Gert Weisskirchen
Für ein neues Wir

7

SCHWERPUNKT: WAS ANSTEHT. WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Matthias Micus / Alexander Deycke
Auf dem langen Marsch
Der Bundestagswahlkampf der SPD 1961

11

Gero Neugebauer
Am Ende ist alles gut. Und wenn nicht,
dann muss es nicht das Ende sein

26

Christian Demuth
Was ansteht
Nachdenkliches zur Bundestagswahl

33

Jöran Klatt
In Konflikten vereint
Eine populäre Ausrichtung als
Grundlage für Rot-Rot-Grün

39

Gregor Fitzl
Der Neuaufbau der Sozialdemokratie
in Europa

48

Yannick Haan
Es braucht eine neue Radikalität in
der Digitalisierungspolitik

57

Edgar Einemann
Internet, Gesellschaft und Politik

63

Peter Steinbach
Von der Auseinandersetzung mit der
verderblichen Wirkung des Eigentums
zum Sozialismus

79

Hermann Adam
Den Kapitalismus überwinden?
Plädoyer für eine nüchterne Strategie

99

Leni Breymaier
Es geht nicht um Moral, es geht um
Menschenrechte

120

IDENTITÄTSFRAGEN UND LINKE POLITIK

Klaus-Jürgen Scherer
Radikalisierte «Identitätspolitik»

126

Frank Vogelsang
Identität aus sozialer Verbundenheit

145

Sibylle Reinhardt
Moral ist eine scharfe Waffe
Zum Gebrauch moralischer Wörter in
Identitätskonflikten

153

Horst Heimann
Wiederbelebung der Leitidee
Demokratischer Sozialismus

157

GESCHICHTSPERSPEKTIVEN

Kristina Meyer / Bernd Rother
Geschichtspolitik zwischen
Kontinuität und Erneuerung

175

Peter Steinbach
Gregor Schöllgen / Gerhard Schröder:
Letzte Chance!

181

Konrad Lindner
Blumen am Grab Wittgensteins

192

BEITRÄGE UND DISKUSSION

Armin Pfahl-Traugher
«Linker Antisemitismus» oder
«Antisemitismus unter Linken»?

199

Hagen Weiler
Die SPD ohne «Demokratischen
Sozialismus» weiter in einer «Großen
Koalition»?

216

BILDUNGSPERSPEKTIVEN

Ralf Ludwig
Situation des wissenschaftlichen
Nachwuchses: prekär, prekärer,
Corona 220

Klaus Hurrelmann
Grundprinzipien sozialdemokratischer
Bildungspolitik 228

JUNGE PERSPEKTIVEN

Hendrik Küpper/Laura Clarissa Loew
Zeit für Zukunft 237

Jessica Rosenthal
«Viele Menschen haben das Gefühl,
dass ihre Stimme nicht mehr
gehört wird» 240

Jan Dieren
«Wir müssen die Möglichkeiten
unserer Gegenwart Wirklichkeit
werden lassen» 243

Ye-One Rhie
«Ich will dazu beitragen, dass mehr
Perspektiven im Bundestag
vertreten sind» 246

Hakan Demir
«Für eine offene, solidarische und eine
gleichberechtigte Gesellschaft» 249

Rasha Nasr
«Ich wünsche mir eine Gesellschaft,
die von Respekt geprägt ist» 252

Elisabeth Krämer
«Sozialismus bedeutet für mich in
einer Gesellschaft zu leben, in der
jedes Leben gleich viel wert ist» 255

Pia Heine
«Ostdeutschland muss eine
Angelegenheit von ganz
Deutschland sein.» 258

Seija Knorr-Köning
Die Krankenpflege
Auf der Suche nach Anerkennung 263

Leon Billerbeck
Ein Plädoyer für eine neue,
transatlantische Partner:innenschaft 266

Vincent David Wolff
Nur eine israelsolidarische Linke
verdient eine Zukunft 271

Sophie Frühwald
Wie hältst Du es mit der Religion,
liebe SPD? 274

Charlotte Sonneborn
Orte des Wandels?
Hochschulen neu begreifen und gestalten 278

REZENSIONEN UND BERICHTE

Mara Hädrich
Susanne Kaiser: *Politische Männlichkeit* 283

Vincent Ludley
Heinrich Geiselberger (Hg.): *Die große
Regression* 286

Detlef Lehnert
Sammelrezension: Pandemie und
Solidarität, Staat, Gesellschaft,
Geschlechter, Arbeit, Ungleichheit... 290

Siegfried Heimann
Peter Schäfer (und Stefanie Schüler-
Springorum) über Antisemitismus 294

Rüdiger Fikentscher
Willi Carl/Martin Gorholt/Sabine
Hering (Hg.): *Sozialdemokratie in
Brandenburg (1868-1933)* 298

Kira Ludwig
Wolfgang Roters / Horst Gräf /
Hellmut Wollmann (Hg.): *Festschrift
für Christoph Zöpel* 299

Autorinnen und Autoren 304

EDITORIAL

Wir stehen in den 2020er-Jahren vor entscheidenden *Weichenstellungen in die Zukunft*, daher fragen wir im Schwerpunkt dieses Heftes *was ansteht*: von Fragen der Neureflexion des sozialdemokratischen Selbstverständnisses über zentrale politische Themen von der Wirtschafts- über die Digitalpolitik bis zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik, bis hin zu Entwicklungen der politischen Kultur und ihrer Konstellationen. Welche Rolle wird das Sozialdemokratische (noch oder wieder) spielen bei der nicht einfacher gewordenen Gestaltung hin zu mehr gleicher Freiheit? Wie immer sich Stimmungen und Parteipräferenzen entwickeln werden, nur durch eine gestärkte SPD wäre eine Bundesregierung des Reformaufbruchs jenseits der Union möglich.

Die Bundestagswahl am 26. September markiert eine dreifache Zäsur: Erstens haben wir nach der Ära Angela Merkel im Prinzip eine machtpolitisch offene Lage. Nicht nur Armin Laschet oder Annalena Baerbock, auch Olaf Scholz kann Kanzler werden. Zweitens sollte das Schlimmste der pandemischen Krisenzeit überstanden sein, durch den Impffortschritt ist unser Alltag wieder (hoffentlich dauerhaft) normaler geworden. Drittens kann es auf der policy-Ebene kein inhaltliches Weiter-so mehr geben. Das Zunftsprogramm der SPD verbindet die ökonomische Bewältigung der Coronakrise und die überfällige Beschleunigung der ökologischen Transformation mit neuer Gerechtigkeits-, Verteilungs- und Sozialpolitik.

Es geht jetzt um eine Politik des klimaverträglichen Umbaus der Wirtschaft, der systematischen Reduzierung von Katastrophenrisiken («desaster risk reduction») und einer echten Kreislaufwirtschaft, die ohne nachhaltige neue Technologien und tiefen Lebensstilwandel nicht zu haben ist. Ein solcher Politikwechsel wird nur mehrheitsfähig, wenn er einhergeht mit berechenbaren Schritten des Wandels, mit sozialem Ausgleich, mit neuen Arbeitsplätzen und dem Kampf gegen das ökonomische und kulturelle Auseinanderfallen der Gesellschaft.

Eigentlich ist es objektiv ein Momentum der Sozialdemokratie. Wo selbst der Internationale Währungsfonds verlauten lässt, der Teufelskreis der Ungleichheit müsse durch ein globales Umverteilungsprogramm durchbrochen werden, wo die neue US-Regierung eine globale Mindeststeuer für multinationale Konzerne durchsetzen will, wo 70% der Deutschen eine Vermögenssteuer befürworten und zwei Drittel von der Bundesregierung mehr Klimaschutz verlangen. Nicht zuletzt durch die Pandemie wurde die gemeinwohlorientierte, im Grunde sozialdemokratische Staatlichkeit wiederentdeckt. Nach dem Wohlfahrtsstaat der 1950er- bis 1970er-Jahre, nach dem problematischen neoliberalen Wettbewerbsstaat seit den 1980er-Jahren braucht es einen neuen Typus Staat. Der, ohne Autonomie und Demokratie zu zerstören, systematisch die soziale mit der ökologischen Frage verbindet, für den Resilienz im Mittelpunkt steht, der

deutlicher auf Prävention und Sicherheit, auf das vorausschauende Management der Risikogesellschaft setzt. Dies auch europäisch – und vor allem mit neuen und gestärkten internationalen globalen Institutionen angesichts der Globalität heutiger und zukünftiger (denken wir nur an die Klimakatastrophe) Risiken.

Das Risiko weiterer Pandemien sinkt nicht mit dem fortschreitenden Klimawandel. Deshalb muss es uns darum gehen, an den richtigen Stellen anzusetzen. Es geht um eine, jetzt nicht nur an gleicher Freiheit, sondern auch an Nachhaltigkeit, Vorsorge und Risikobewältigung orientierte, demokratische Umgestaltung der kapitalistischen Spätmoderne. Gerechtere Verteilung von Chancen und Einkommen, neue Solidarität und Teilhabe, öffentliche Güter und fortschrittliche Gesellschaftsplanung («Zukunftsmissionen»), die Einhegung der Kapitalverwertungs- und Profitlogik, dort wo sie schadet, durch soziale Demokratie bzw. Elemente des Demokratischen Sozialismus – das bleibt, siehe Eduard Bernstein oder das Godesberger bzw. Berliner Grundsatzprogramm, sozialdemokratisches Selbstverständnis.

In einem zweiten Schwerpunkt werden noch einmal ungewöhnliche Blicke auf die schwierige Debatte zur Identitätspolitik geworfen. Letztlich sollte alle Kritik dahin führen, Brücken zu bauen zwischen Betroffenen, die zurecht Anerkennung und Emanzipation einklagen, und einer Gerechtigkeits- und Sozialpolitik, die für Geringverdiener, prekäre Lebenslagen, schlechter Gebildete, Opfer des Marktradikalismus und der Pandemie da ist. Eine Gesellschaft des Respekts, so der Schlüsselbegriff von Olaf Scholz, wendet sich an beide, an die neue «working class» (Julia Friedrichs) wie an die «kosmopolitische» neue akademische Mittelklasse.

Die allgemeinen Kontaktbeschränkungen verhinderten auch im ersten Halbjahr 2021 eine face-to-face Tagung der HDS e.V. Doch immerhin konnten wir Ende März über das Internet mit Florian Moritz (Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand) und Tom Krebs (Mannheimer Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, der auch das Bundesfinanzministerium berät) diskutieren. Prof. Hermann Adam hatte zur Zoom-Konferenz «Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik nach der Corona-Krise» geladen. Moritz erläuterte die gewerkschaftlichen Positionen in der Krise mit dem Ergebnis, dass Deutschland, zumindest mit Blick auf den ersten Arbeitsmarkt, diese vergleichsweise gut bewältigt habe, durch die offensive Nutzung von Arbeitsmarktinstrumenten und umfangreiche finanzielle Unterstützungen und Hilfen. Für die Zukunft liege die wirtschaftspolitische Alternative auf dem Tisch, ob die coronabedingte staatliche Neuverschuldung zu rigider, die Gesellschaft weiter spaltender, Sparpolitik führt, oder ob sich wachstumsfördernde Zukunftsinvestitionen und eine Steuerpolitik der Umverteilung durchsetzen lassen. Für Krebs besteht diese neue Wirtschaftspolitik der Transformation aus fünf Schwerpunkten: eine moderne Industrie- und Innovationspolitik, eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur, eine vernünftige Regulierung des Arbeitsmarktes, ein umfassender Sozialstaat und ein faires Steuersystem. Eine neue Wirtschaftspolitik müsse sozial gerechtes mit ökologisch nachhaltigem Wachstum, etwa einer selbstbewussten grünen Wasserstoffstrategie, verbinden, wozu es auch gut organisierte öffentliche Unternehmen brauche.

Wieder sind die unabhängigen *jungen Perspektiven* und zudem eine ganze Reihe weiterer Beiträge von Hendrik Küpper und

Laura Clarissa Loew betreut. Besonders deren Gespräche mit einer neuen Generation von jungen SPD-Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl sind ein bleibendes Zeitdokument. Im Sinne des Generationswechsels wird es weiter darum gehen, diesen Teil unserer Zeitschrift zukünftig mehr denn je zu stärken.

Wir trauern um Hajo Riese (1933–2021), Begründer der «Berliner Schule des monetären Keynesianismus», bedeutender Ökonomieprofessor der FU Berlin. Vor allem zu Wachstumstheorie, Bildungsökonomie, Makroökonomik und Geldtheorie hat er umfangreich geforscht und, auch dank seines überzeugenden Auftretens, ausgedehnte Netzwerke an Doktoranten, Assistenten und Studenten geknüpft. Zu seinen vielfältigen Aktivitäten in Wissenschaft und Hochschulpolitik gehörte auch, dass er langjäh-

riges Mitglied der HDS e.V. war. «In den frühen 1980er-Jahren wurden (teils bis in die Nacht hinein) Rieses halbjährlich stets von Anfang an neu geschriebenen, hunderte von Seiten umfassenden Entwürfe seiner breit angelegten «Theorie der Geldwirtschaft» diskutiert; und wenn dann neben den Schülern auch der Meister selbst daran teilnahm und Streitpunkte in hitzigen Debatten ohne Ansehen von Person und Status ausgetauscht wurden, so wird vielleicht mancher Teilnehmer gedacht haben, dass es so ähnlich auch in den Diskussionen zwischen Keynes und seinem «Circus» (mit Joan Robinson, Piero Sraffa u. a.) zugegangen sein musste.» Welch wunderbare Würdigung wird mit diesen Zeilen aus dem Nachruf von Prof. Peter Spahn (Universität Hohenheim) ausgedrückt.

Kira Ludwig / Klaus-Jürgen Scherer

Gert Weisskirchen

Für ein neues Wir

Das Versprechen der Moderne bleibt: Wir sind Gleiche unter Gleichen, insoweit jedes Individuum jedem Individuum mit einem gleichen Maß an Anerkenntnis begegnet. Erst der wechselseitige Respekt voneinander macht humanes Zusammenleben in einer sich fortschreitend differenzierenden Gesellschaft möglich. Gefühle einer wachsenden Entfremdung zwischen Menschen, deren Zugänge zu materiellem Wachstum verengt sind und Menschen, die diese Zugänge öffnen können, machen soziale Spaltungstendenzen manifest. Globale Modernisierungen haben Entfremdungsgefühle erheblich beschleunigt. Diese Trends werden an Schärfe zunehmen, solange sie nicht durch ein aufeinander abgestimmtes globales politisches Zusammenhandeln gesteuert werden.

Mit der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten der USA ist für die westliche Moderne eine neue Chance entstanden. Bis zu den Midterm Wahlen 2022 kann das Vakuum geschlossen werden, das der Trumpsche Unilateralismus in die Architektur des transatlantischen Bündnisses gerissen hat. Die Zeit ist äußerst knapp, eine beherzte multilaterale Praxis für eine sozialökologische Transformation auf beiden Seiten des Atlantiks zu entwerfen. Die Konzepte für

ein vernünftiges neues Zusammenhanden liegen vor. Längst sind die analytischen Wissensbestände zwingend ausgearbeitet, wie auch die Ziele, auf die sich die Weltgemeinschaft deshalb verpflichtet hat. Jetzt wird es darauf ankommen, eine neue Gemeinsamkeit zu entwickeln, damit der mögliche sozialökologische Kollaps des Globus abgewendet wird.

Die USA und die EU sind kongeniale Partner, die den globalen Wettlauf, die anstehende «Große Transformation» zu bewältigen, nur gemeinsam gewinnen können. Die USA und die EU können diesen Wettlauf jedoch auch verlieren: autokratische Herrschaftsformen warten darauf. Auch populistische und nationalistische Feinde der Demokratie lauern innerhalb des Westens. Den Kräften des politischen Zentrums fällt die historische Verantwortung zu, das Momentum des paradigmatischen Wechsels durch entschlossenes Handeln situativ zu erkennen und entschlossen zu handeln.

Wenn vier schwierige Aufgaben bewältigt werden, wachsen daran die Fähigkeiten zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformen:

Mit aufgeklärten demokratischen Gesellschaften und durch aktives Mithandeln vie-

ler Menschen können die globalen Klimaziele regional, national und lokal produktiv erreicht werden. Ohne gesellschaftliche Konflikte können die Ziele nicht erreicht werden.

Das dafür erforderliche politische Zusammenhandeln braucht neues Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Horizonte können geöffnet werden, wenn Begriffe überzeugend neu bestimmt werden.

Die industrielle Innovationsfähigkeit entscheidet mit, ob die Technologie entwickelt wird, damit die Transformationsprozesse ökonomisch gelingen. Die auch dafür nötigen Bildungsreformen müssen vorangetrieben werden.

Je stärker die Qualität der politischen Akteure ausgeprägt ist, sich zu orientieren darauf, mögliche Zukünfte sich vorzustellen und politisches Handeln darauf einzustellen, desto gewinnender wirken sie auf ihre Bürgerschaft.

Die Sozialdemokratie hat historisch in sich diese Fähigkeiten aufbewahrt: gesellschaftliche Konflikte in ihren lokalen, nationalen, regionalen und globalen Dimensionen analytisch zu verstehen. Wer daraus eine überzeugende Praxis weitreichender Reformen macht und sie den Wählerinnen und Wählern zum aktiven Handeln anbietet, zeigt damit seine Regierungsfähigkeit.

An diesem Aufgabenbündel muss rasch konsequent komplementär gearbeitet werden. Wer einen zeitlichen Aufschub duldet, verwirkt die Chance, im globalen Wettbewerb zu bestehen. Umgekehrt gilt: nur mit einem großen gemeinsamen Kraftakt kann die westliche Moderne ihren prioritären Platz im Kampf gegen die autokratischen Versuchungen behaupten. Gelingt die sozialökologische «Große Transformation», dann beweist die westliche Moderne ihre Leistungsfähigkeit und trägt erheblich dazu

bei, dass multilateral sich ein humanes zivilisatorisches Modell des globalen Verantwortungsbewusstseins durchsetzt.

Damit ein «neues Wir» auch global chancenreich wird, sind die gesellschaftlichen Kräfte in Ländern der sich selbstaufklärenden Moderne zu ermutigen, sich auf dieses Modell zu verständigen. Ohne die Bereitschaft, schwerwiegende Konflikte im Innern auszutragen, können die Bedingungen nicht heranreifen, die erfüllt sein müssen, damit die anstehenden Transformationsprozesse bewältigt werden können. Und ohne die Fähigkeit, sich auf Kompromisse mittlerer Reichweite einzulassen, droht ein Misslingen der «Großen Transformation». Und dies wiederum hängt davon ab, ob ein hinreichendes Maß an respektvollem Umgang untereinander bei ungleichen Interessen – die zudem die bereits vorhandenen sozialen Unterschiede dramatisch vertiefen – zwischen allen Akteuren aufgebracht werden kann.

Zu einem ausgeprägten Wissen darüber, wie hochkomplexe gesellschaftliche Transformationsprozesse angeregt, entwickelt und gestaltet werden, müssen sich praktische Fähigkeiten anfügen, die unerlässlich sind, damit die erforderlichen staatlichen Steuerungskapazitäten zielgenau eingesetzt werden können. Werden neue Formen demokratischer Beteiligungen zivilgesellschaftlichen Zusammenhandelns erprobt, dann wächst dadurch die Bereitschaft, die Akzeptanz von auszuhandelnden Kompromissen bei zu erwartenden Zielkonflikten herzustellen.

Weil die Komplexität der zu lösenden Aufgaben durch einen Qualitätssprung der Repräsentationsformen der Demokratie besser bearbeitet wird, sollte diskursiv das Spektrum der anzugehenden Konflikte abgesteckt werden. Soweit möglich, soll-

ten konsensual die prioritär zu ermittelnden Streifelder eingegrenzt werden. Eine Konzentration auf die Auseinandersetzung um die inhaltliche Gewichtung im Rahmen der «Großen Transformation», wird die Atmosphäre zwischen den gesellschaftlichen Kontrahenten ins Produktive verwandeln. So können, trotz möglicherweise weiterhin bestehender Gegensätze, ihre gefährlichen Schärfen mindestens gemildert werden. Soweit alle Akteure bereit sind, die Gleichheit aller anderen Akteure voller Respekt anzuerkennen und die Plausibilität der vorgetragenen Argumente mit einer Matrix wechselseitig ausgehandelter Kriterien wissenschaftlich überprüft worden ist, kann die Verständigung über die Reihenfolge der praktischen Schlussfolgerungen beginnen.

An einigen Stellen ist dieses Diskursmodell porös. Es setzt auf die andauernde Rationalität der gesellschaftlichen Akteure, ungeachtet ihrer Vorentscheidungen. Da jedoch die Tragweite von Fehlwahrnehmungen oder gar Fehlentscheidungen von existenzieller Bedeutung sind, wird ein außergewöhnliches Maß an Selbst-Distanz und Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender Reformen abverlangt werden. Gelingen können diese Prozesse besser, wenn neues Vertrauen zwischen den Akteuren sich in sich zu vollziehenden Akten herausbildet wird. Weil dieses Experiment nicht Misslingen darf, sollten die Schritte in den Prozessen der «Großen Transformation» von unabhängigen wissenschaftlichen Experten in zu verabredenden Zeitabständen medial wirksam bewertet werden. Von den lokalen, nationalen, regionalen und globalen Institutionen ist durch permanentes Interagieren einer wachen Öffentlichkeit der jeweilige Stand und die Perspektive der «Großen Transformation» zu prüfen und – falls nötig – auch zu korrigieren.

Die schwierigste Bruchstelle auf dem Weg in eine neue globale Gemeinsamkeit verbirgt sich an der Frage, wem Schuld zugewiesen werden mag, wenn in den zu erwartenden hochkomplexen Reformprozessen Fehler eintreten. Dies wird wohl nicht zu umgehen sein. Hat sich bis dahin ausreichend Vertrauen angesammelt, können Brüche vermieden werden. In Phasen nicht eindämbarer Unsicherheiten können jedoch systemische Chaasmomente entstehen. Werden Schuldvorwürfe im Innern der national verfassten Gesellschaften von einer wirkmächtigen Akteursgruppe auf Minderheiten projiziert, dann droht dem Gesamtzusammenhang der Transformationsprozesse eine existenzielle Zerreißprobe. Werden Vorurteile gegen sie menschenverachtend mobilisiert, droht ein Scheitern.

Im Auf und Ab populistischer Versuchungen zeigt sich aktuell ein polemisches Missverständnis, wie die Sehnsucht nach Emanzipation und die Suche nach Identität aufeinanderbezogen werden kann. György Konrad hatte die Frage, ob er Jude sei, ins Mark erschreckt, als er als Heranwachsender zusehen musste, was geschah, als so Befragte nach ihrer Antwort zusammengepfercht in Lastkraftwagen deportiert wurden und ins Konzentrationslager transportiert wurden. Wer den Anspruch auf Identität gegen die Ziele der Emanzipation purifiziert, entzieht einem humanen Zusammenleben den Boden. Der Kampf um Bürgerrechte verbindet die freien Gleichen mit allen, die um ihre Diversität wissen. Der Kampf für die Anerkennung jeglicher Lebensform, die sich als gleichberechtigt zu allen anderen Lebensformen versteht, hat Anspruch auf universale Geltung – unabhängig von ihrer Diversität. Diesen Kampf zurückzuholen in die sozialen Räume und dabei ihre kulturellen Sprengsätze zu entschärfen, wird mithelfen,

die drängenden Probleme ins Zentrum zu rücken. Zuviel Kraft wird vergeudet, wenn sie nicht dafür aufgewendet wird, dass alle einen Platz in einem neuen Wir finden.

Im Angesicht der Aufgaben, die zu lösen sind, braucht es eine unverwandte Anstrengung: die Autonomie eines jeden Individuums, ohne Vorbehalt der jeweiligen

kulturellen Herkunft, entscheidend dazu beizutragen, das globale Miteinander verantwortungsbewusst zu gestalten. Ein «neues Wir» kann so entstehen: eines, das nicht ausschließt; ein Wir, welches geeignet ist, die Fähigkeiten zum humanen Fortschritt individuell aufzuschließen und für alle fruchtbar macht. ■

SCHWERPUNKT WAS ANSTEHT. WEICHENSTELLUNGEN IN DIE ZUKUNFT

Matthias Micus / Alexander Deycke

Auf dem langen Marsch Der Bundestagswahlkampf der SPD 1961

Ein Text zur SPD aus Anlass einer bevorstehenden Bundestagswahl kann im Jahr 2021 durchaus Verschiedenes enthalten. Er kann den Stimmungen und Forderungen in der Mitgliedschaft nachgehen und würde dann zwangsläufig auch auf die Apathie und Niedergedrücktheit an der SPD-Basis rekurrieren müssen. Denkbar auch, dass er die wechselseitige Vertrauenskrise zwischen sozialdemokratischen Anhängern und Basisgenossen einerseits, der SPD-Spitze andererseits problematisiert oder die Wahlentwicklung analysiert, wobei in diesem Fall selbst der Verweis auf insulare Erfolge wie Hamburg 2011, Niedersachsen 2017 und Rheinland-Pfalz 2021 das diese immer weiträumiger umgebende elektorale Tiefland nicht auszublenden vermöchte. Ein solcher Beitrag könnte sich mit der Finanzmisere der SPD befassen, ausgelöst durch den Mitgliederschwund und dramatisch verschärft durch jene letztgenannte Serie von Wahl-

niederlagen, oder den Niedergang der Parteiorganisation zum Thema machen und dies durch den Bedeutungsverlust der regionalen Gliederungsebene und die Auflösung der Bezirksverbände veranschaulichen.

Er könnte den manchmal irrlichternden Dilettantismus im Willy-Brandt-Haus, die fraprierende Unklarheit über die Zielgruppen sozialdemokratischer Politik und die scheinbare Ausweglosigkeit des Niedergangs als Juniorpartner in Großen Koalitionen behandeln – oder auch den Verlust sozialdemokratischer Zukunftsgewissheiten betrachten, das Fehlen handlungsleitender Gestaltungsperspektiven und die Trümmer der einstmals stolzen Trutzburg eines milieugestützten Eigenbewusstseins im Funktionsnärmittelbau der Partei. Immer aber liefen solche Darstellungen auf dasselbe hinaus: eine anhaltende, allmählich bestandsgefährdende Ausmaße annehmende, Verfallsgeschichte, je nach Temperament als bit-

tere Jeremiade oder nüchterne Abstiegsrechnung präsentiert.

Wir wollen in unserem Traktat aus diesem Prokrustesbett des Erwartbaren ausbrechen und stattdessen an ein Ereignis erinnern, das ziemlich exakt sechzig Jahre vor der Bundestagswahl am 26. September 2021 stattgefunden hat, nämlich die Wahl zum Bundestag im Jahr 1961, genauer: am 17. September 1961, bzw. an den dieser Abstimmung vorangehenden Wahlkampf. Es war zugleich die erste Wahl, bei der die SPD Willy Brandt auf den Schild gehoben hatte.

Brandt: akzeptiert, nicht geliebt

Nun liegt natürlich der Einwand nahe, man könne von der Partei zu Beginn der 1960er-Jahre, in denen der «Genosse Trend» den Sozialdemokraten zur Seite trat, und an deren Ende der Machtwechsel und die Eroberung des Kanzleramtes durch die SPD stand, kaum Parallelen ziehen zu jener am Beginn des dritten Jahrzehnts des dritten Jahrtausends. Erst recht erscheint es abwegig, den charismatischen Friedensnobelpreisträger, Vordenker einer visionären Ostpolitik und geradezu mythisch verklärten Parteiliebhaber Brandt mit dem drögen Pragmatiker Olaf Scholz zu vergleichen, als «Scholzomat» eher geschmäht denn glorifiziert und von den Parteimitgliedern bei seiner Bewerbung um den SPD-Vorsitz Ende 2019 mehrheitlich abgelehnt.

Allerdings kündigte sich der Durchbruch der SPD zur Kanzlerpartei 1961 erst von ferne an und der Aufstieg der Partei steckte damals allenfalls in den Kinderschuhen. Die Zahl der beitragszahlenden Sozialdemokraten lag zwar schon zu Beginn der 1960er-Jahre mit rund 650.000 Mitgliedern deutlich höher als heute, doch war sie andererseits noch weit entfernt von den

Höchstständen im darauffolgenden Jahrzehnt – und im Übrigen war die Mitgliedschaft ähnlich überaltert wie heute. Die SPD, so lautete seinerzeit eine weit verbreitete Ansicht, sei vergangenheitsfixiert und schmore introvertiert bloß im eigenen Saft. Trotz erster und im Rückblick weitreichender organisatorisch-programmatischer Reformen in den ausgehenden 1950er-Jahren galten ihre Organisationsstrukturen weiterhin als unzeitgemäß, wirtschafts- sowie außenpolitisch schleppte die Partei noch eine ganze Menge unpopulären Ballast mit sich herum. Und so sehr die Sozialdemokratie auch in Opposition zur CDU zu treten versuchte, so sehr ermangelte es ihr an zugkräftigen, mit konstruktiven Gegenvorschlägen verbundenen mobilisierungsfähigen Politikalternativen.¹

Erst recht war Willy Brandt 1961 noch weit davon entfernt, die sozialdemokratische Lichtgestalt des Jahres 1972 zu sein. Während bis heute insbesondere jene Alt-Genossen, die in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre in die SPD eingetreten sind, schwärmerisch in Erinnerungen an die guten Zeiten unter Brandt schwelgen, als die politischen Koordinaten noch eindeutig gewesen seien und der Vorsitzende prinzipienfest und verlässlich auf der richtigen Seite gestanden habe, ob in der Außenpolitik («Wandel durch Annäherung»), bei der Liberalisierung der Gesellschaft («Mehr Demokratie wagen») oder gar als früher Vorreiter der Umweltpolitik («Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden»), stand Brandt tatsächlich damals in dem nahezu konträren Ruf, ein unsicherer Kantonist zu sein, kaum profiliert, opportunistisch dem Charakter nach und unscharf in seinen Äußerungen. Wer all

1 Vgl. Gardill, Kerstin: *Vom regierenden Bürgermeister*, Berlin 2004, S. 70.

das Olaf Scholz schon immer unterstellt hat, wird vermutlich überrascht sein über die Traditionslinie, die sich diesbezüglich zum frühen Willy Brandt ziehen lässt.

Die Brandt nachgesagte strategische Offenheit nach allen Seiten ließ sich dabei zweifellos plausibel aus Lehren herleiten, welche seine ersten fünf Lebensjahrzehnte für ihn bereitgehalten hatten. 1913 in Lübeck geboren, hatte Brandt die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend im skandinavischen Exil verbracht, wo er erlebte, dass das Leben der Menschen nicht aus «Ismen», «sondern aus Essen, Schlafen, Fußballspielen, Kanarienvögeln, Schrebergarten und anderen schönen Dingen»² besteht, dass dogmatische Prinzipienreiterei abzulehnen sei und Kompromisse Sinn machen, Fortschritte durchsetzen und Gutes erreichen können. Als West-Berliner Regierender Bürgermeister von 1957 bis 1966 erforderte – und förderte – die außergewöhnliche Situation der Stadt, ihre ständige Bedrohung, die Lage als Exklave, umschlossen von einem übermächtigen Feind, sodann ein besonderes taktisches Geschick. Der Berliner Regierende, erkannte gedankenscharf der *Spiegel*-Redakteur Hermann Schreiber, «muss eher ein Rastelli als ein Rathenau» sein. Er müsse, so Schreiber weiter, mit den Alliierten zurecht kommen, die oft untereinander uneins, für die Sicherheit der Stadt aber verantwortlich seien; er müsse mit der vom politischen Gegner geführten Bundesregierung zurecht kommen, die Berlin außenpolitisch vertrete, und sich mit der Opposition in Berlin arrangieren sowie die auseinanderstrebenden Strömungen in der eigenen Partei zusammenhalten.³

2 Ebd., S. 126.

3 Schreiber, Hermann: *Anatomie einer Veränderung*, Düsseldorf 1970, S. 112 f.

1961 aber galt Brandts Neigung zu Harmonie und Ausgleich nicht zuletzt einem Gutteil seiner Parteifreunde als gravierendes Manko. Zugleich hatte ihm seine Unbestimmbarkeit einen Gutteil des innerparteilichen Karriereweges geebnet. Ohne sie wäre er in den 1950er-Jahren nicht in den Parteivorstand gewählt worden, hätte er sich vielleicht selbst in Berlin nicht durchsetzen können und wäre – maximal in der dritten Reihe stehend – schon gar als Kanzlerkandidat trotz des Programm- und Personalrevirements der SPD nicht zum Zuge gekommen. Auch hätte er mit einem überdeterminierten Kurs, wie gesehen, wohl als Regierender Bürgermeister in Berlin nicht reüssiert und 1958 bei der Abgeordnetenhauswahl keine absolute Mehrheit geholt (52,6 Prozent), die er 1963 noch einmal auf fantastische 61,9 Prozent steigerte.

Jedenfalls: Brandt hatte Erfolg, er regierte in Berlin und schien auf der Höhe der Zeit zu sein, mutmaßlich gar den Zeitgeist zu repräsentieren. Die Medien und besonders die meinungsmachende Springer-Presse berichteten positiv, bisweilen gar euphorisch über ihn, sein nationales Image war glänzend, selbst im alliierten Ausland genoss er einen hervorragenden Ruf. Das alles wollte die SPD seit den späten 1950er-Jahren auch. Sie suchte Anschluss an die gesellschaftlichen Entwicklungen, hielt Ausschau nach einem Ausweg aus ihrer isolierten Lage, sehnte sich nach Anerkennung im In- wie Ausland und eigenen Mehrheiten. Kurzum: Die SPD wollte endlich auf der Siegerseite stehen, sie wollte denselben Erfolg, den Brandt, wie ebenfalls Scholz in der Tradition des sogenannten Bürgermeister-Flügels in der SPD stehend – moderat, pragmatisch, sachlich, parteilagerübergreifend –, schon hatte.

Vorbild CDU

Die Sozialdemokraten wollten 1961 endlich einen Schlusstrich unter ihre erfolglose Nachkriegsgeschichte ziehen, die Oppositionsrolle verlassen und an der Regierungsmacht beteiligt werden. Dieses Ziel war nur zu erreichen, wenn die anstehenden Bundestagswahlen erfolgreich bestritten würden. Dabei stand die SPD vor einem dreifachen Problem. Erstens sah sich die SPD vor die Notwendigkeit gestellt, endlich konkurrenzfähig gegenüber der christdemokratischen Union zu werden. Sie musste auf eine Augenhöhe mit der CDU kommen, musste also – da in parlamentarischen Demokratien Mehrheiten über Wahlen vergeben werden – «mit gleichen Ausgangsbedingungen»⁴, das heißt unter Anwendung der modernen Kampagnetechniken, in den Wahlkampf eintreten und die strukturelle Wahlasymmetrie zugunsten der Unionsparteien nivellieren, indem sie die wankelmütigen Teile des bisherigen CDU-Elektorates zu sich herüberziehen trachtete. Zweitens musste die Bevölkerung überzeugt werden, trotz Wirtschaftswunders, präzedenzlos hohen Lebensstandards, vielversprechenden Zukunftsaussichten und allgemeiner Zufriedenheit die Regierung abzuwählen, jedenfalls um die SPD zu erweitern und insofern zumindest zu verändern. Und drittens sah sich die SPD mit dem Problem konfrontiert, dass das wachsende Unbehagen mit Konrad Adenauer und die altersbedingten Zweifel an seiner Befähigung zu einer weiteren Amtszeit infolge der positiven Grundstimmung nicht mit einem Verdruss über die CDU korrelierten. Die Sozialdemokra-

ten mussten daher der Wählerschaft den Eindruck suggerieren, durch die Wahl des SPD-Kandidaten Adenauer ersetzen zu können, ohne gleichzeitig die Politik der CDU abwählen zu müssen.

Die SPD begegnete dieser Herausforderung einerseits, indem sie sich vormalige CDU-Positionen im Rahmen ihres Gemeinsamkeitskurses aneignete. Ihren Wahlkampf zur Bundestagswahl 1961 stellte die Partei unter die Maxime der «Gemeinsamkeit», die faktisch auf eine Annäherung an die CDU hinauslief. Andererseits hatte die SPD die Wahlkämpfe ihres erfolgreichen christdemokratischen Gegenübers studiert. Auch das Instrumentarium der Wahlwerbung, und nicht bloß die außen- und wirtschaftspolitischen Inhalte, wurde mithin durch die sozialdemokratische Politik der Gemeinsamkeit erfasst. Insofern konsequenterweise nahm sich die SPD für die Methodik, Strategie und Ausrichtung ihres 1961er-Wahlkampfes die bis dato erfolgreichste elektorale Kampagne in der Bundesrepublik zum Vorbild, den CDU-Wahlkampf 1957.

Bei den drei Bundestagswahlen zuvor hatte sie noch mit den klassischen Instrumenten politischer Agitation um die Wählergunst geworben. Die CDU dagegen hatte schon seit 1953 markante Slogans plakatiert – statt die Plakate wie die SPD mit Text zu überfrachten – und ihre Werbemittel auf Konrad Adenauer zugeschnitten. Die Christdemokraten betrieben ferner eine professionelle Pressearbeit, wobei sie sich als Kanzlerpartei der Leistungen des Bundespremierseamtes bedienen konnten, und verfügten mit dem «Institut für Demoskopie Allensbach» über ein parteinahes Umfrageinstitut. Ihren Spitzenkandidaten schickten sie werbewirksam im Sonderzug auf Wahlreisen, nutzten ganz ungeniert dessen inter-

4 Holtz-Bacha, Christina: *Wahlwerbung als politische Kultur, Parteienspots im Fernsehen 1957-1998*, Wiesbaden 2000, S. 103.

nationales Ansehen zum Stimmenfang und bedienten mit Bildern aus dessen Privatleben das Wählergemüt.⁵ Die Wirksamkeit des Slogans «Keine Experimente» von 1957 hatte die CDU im Voraus empirisch ermitteln und prüfen lassen.⁶

Diese von der CDU so erfolgreich angewandten Wahlkampfmethoden, von Kritikern als «Waschmittel-Wahlkampf» angefeindet, übernahm 1961 auch die SPD. Erstmals setzten die Genossen in diesem Wahlkampf systematisch auf die Unterstützung durch die Demoskopie, nachdem auch sie 1960 als Gegenpol zu Allensbach ihr eigenes Umfrageinstitut, das Unternehmen ifas, gegründet hatten. Die Orientierung an Umfragen wiederum hatte ihrerseits Rückwirkungen auf die inhaltliche Ausrichtung des sozialdemokratischen Wahlkampfes. Die Demoskopien hatten 1961 ermittelt, dass sich die Außenpolitik der Bundesregierung besonders großer Beliebtheit erfreute. Ihre Kernelemente – der Kampf gegen den Kommunismus und die Orientierung auf das westliche Bündnis – waren nahezu unumstritten. Das Feld der Sozialpolitik wurde nach Einschätzung der Umfrageforscher dagegen wesentlich kritischer bewertet. Hier gab es trotz allgemeiner wirtschaftlicher Zufriedenheit im Bereich der Steuer-, Preis- und Wohnungspolitik etliche Punkte, an denen sich Unmut kristallisierte und an denen die Opposition ansetzen konnte. Gerade für die SPD lagen hier Chancen, da nach Ansicht der Umfrageforscher «im Hinblick auf die innenpolitischen Zielsetzungen die Bevölkerung der SPD nä-

herstand als der CDU» – zumindest «soweit es sich um konkrete Einzelmaßnahmen handelte und nicht um allgemeine wirtschaftspolitische Grundsätze»⁷. Die SPD nahm die Resultate der Meinungsforscher bereitwillig auf, dies umso mehr, als sie ihren eigenen Erfahrungen entgegenkamen. Außenpolitische Entwicklungen und deren Instrumentalisierung durch die Union hatten die Wähler bei Bundestagswahlen schließlich noch stets in die Arme der CDU getrieben, sei es der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR oder der Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn im Oktober 1956. Daher akzentuierte die SPD 1961 innenpolitische Themen.⁸

Mit der auf diese generelle Festlegung folgenden weiteren Konkretisierung der inhaltlichen Schwerpunkte wurden ebenfalls externe Wahlkampfprofis betraut. Das «innenpolitische Programm», so Herbert Wehner, «(wurde) mitbestimmt von den Wünschen und Vorstellungen weiter Bevölkerungskreise, die für die SPD aus einer sorgfältig betriebenen Meinungsforschung sowie aus zahllosen Gesprächen mit Interessenverbänden und Bevölkerungskreisen aus allen Schichten erkennbar wurden»⁹. Die Ratschläge der Demoskopien überschrieben die Sozialdemokraten mit dem Titel «Gemeinschaftsaufgaben», einem Begriff, mit dem sie sich nahtlos in die Gesamtkonzeption der «Gemeinsamkeitspolitik» einfügen ließen. Unter diesem Label der Gemeinschaftsaufgaben präsentierte die SPD im

5 Vgl. Holtz-Bacha, Christina: *Wahlwerbung als politische Kultur. Parteienspots im Fernsehen 1957–1998*, Wiesbaden 1998, S. 92 f.

6 Vgl. Struve, Günter: *Kampf um die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965*, Köln 1971, S. 24.

7 Wildenmann, Rudolf / Scheuch, Erwin K.: Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: dies. (Hg.): *Zur Soziologie der Wahl*, Köln 1965, S. 39–73, S. 54.

8 Vgl. Wehner, Herbert: Der Wahlkampf aus einem Guß, in: Vorstand der SPD (Hg.): *Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1960/1961*, Bad Godesberg 1962, S. 288–324, S. 292 f.

9 Ebd., S. 296.

Wahlkampf Forderungen nach einem Ausbau des Verkehrsnetzes, einer besseren Förderung vorhandener Fähigkeiten und Begabungen und verstärkten Anstrengungen zur Erhaltung der Volksgesundheit; ferner die Einführung einer staatlichen Mindestrente, den Schutz der Familie und die Förderung der Vermögensbildung durch die Ausgabe einer «Deutschen Volksaktie».¹⁰ Das sozialdemokratische Streben, die demoskopisch ermittelten Mehrheitswünsche bestmöglich zu erfüllen, konnte bisweilen zu leicht skurril anmutenden Ankündigungen führen. Ein Radiogerät für jeden Rentner und die Verdoppelung des Lebensstandards innerhalb einer Generation waren nur einige Versprechungen, welche die SPD im Falle eines Wahlsieges einzulösen versprach.¹¹

Diese Forderungen veranschaulichen, wie sehr die SPD 1961 in Analogie zur CDU einen konsumorientierten, letztlich «unpolitischen» Wahlkampf führte. Sie umschiffte alle strittigen Themen, verzichtete auf klare Prioritätensetzungen und versprach stattdessen in einem von Kritikern «Neckermann-Katalog» getauften Wahlprogramm beinahe allen nahezu alles, um nur ja keinen potenziellen Wähler zu vergrätzen. Auch das war kein Zufall, vielmehr eine bewusst gezogene Konsequenz aus den vorangegangenen Wahlniederlagen, die eine rigoros politische Wahlwerbung nicht verhindert, vielleicht im Gegenteil sogar mitverursacht hatte. Die SPD hatte viele heiße Eisen angepackt, hatte eindeutige Positionen bezogen, war vor gegnerischen Mehrheiten nicht gewichen und hatte politische Schlachten auch aus der Defensive heraus

nicht gescheut, wenn es galt, für Traditionen, Überzeugungen und Prinzipien einzustehen. Doch während die anderen immer stärker wurden, war sie selbst darüber in ihrem Dreißig-Prozent-Turm verblieben. Daher nahmen die Sozialdemokraten jetzt Abschied von zahlreichen Traditionsbeständen. Die roten Fahnen wurden auf den Dachböden eingemottet, überhaupt die Farbe Rot kategorisch aus der Wahlwerbung verbannt und durch das nach Auskunft der Umfrageforscher beliebtere Blau ersetzt. Auf SPD-Parteitag intonierten die Delegierten jetzt die Nationalhymne, während das sozialistische Liedgut schamhaft in die Parteitagsabende verlegt wurde, und auf den Werbeplakaten verkündeten moderne Angehörige der neuen Mittelschichten, warum ihnen die SPD gefalle.

Die Sozialdemokraten lösten sich in den frühen 1960er-Jahren von ihren Wurzeln, sie distanzieren sich von ihrer eigenen Geschichte und rückten von alten sozialdemokratischen Ansprüchen ab.¹² Der Wahlkampf 1961 war der erste, in dem die SPD die Bundesbürger nicht mehr überzeugen wollte, sondern sich mit deren Sympathien begnügte; in dem sie keine festen, vernunftmäßigen Bindungen mehr erstrebte, sondern sich mit oberflächlicher, im Wahlakt sich ausdrückender Übereinstimmung zufrieden gab. Folglich schaltete die SPD der heißen Wahlkampfphase eine «Sympathiephase» vor, deren Funktion es war, das Zerrbild der Wähler von der SPD zu korrigieren und durch Plakate, Inserate und Werbespots allgemeine Sympathie für die Partei zu wecken.¹³

10 Klotzbach, Kurt: *Der Weg zur Staatspartei*, Berlin 1982, S. 512.

11 Wildenmann, Rudolf / Scheuch, Erwin K.: *Der Wahlkampf 1961 im Rückblick*, a. a. O., S. 55.

12 Vgl. Walter, Franz: *Die SPD, Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin 2002, S. 159 f.

13 Vgl. Wehner, Herbert: *Der Wahlkampf aus einem Guß*, a. a. O., S. 305.

Wie für Transformationsphasen üblich, lief dieser Prozess auch diesmal nicht ohne Übertreibungen ab. So gestaltete die SPD gleich mehrere Wahlkampfveranstaltungen im Stile amerikanischer Starrevuen. Bei diesen Inszenierungen wurden keine politischen Reden gehalten. Stattdessen wurden bunte Showprogramme geboten, mit beliebten Schlagersängern, bekannten Kabarettisten und Tanzeinlagen. Um auch und gerade Nicht-Sozialdemokraten, und hier vor allem bisher «Unentschlossene», anzusprechen, wurde die SPD nur verdeckt beworben – etwa indem ein Porträt Willy Brandts das Titelbild des Programmheftes zierte, der sozialdemokratische Wahlkampfschlager angestimmt oder in Sketchen für einen Regierungswechsel geworben wurde.¹⁴

Vorzüge des Kandidaten Brandt

Im Wahlkampf 1961 personalisierte Brandt auf nahezu mustergültige Weise sowohl die programmatischen Aussagen, also den Gemeinsamkeitskurs, als auch die Zielperspektive der SPD, das heißt die Orientierung auf Regierungsteilhabe. Brandt war als Berliner Bürgermeister regierungserfahren und koalierte seit Jahren einträglich mit der CDU, wiewohl seine Partei auch allein über eine absolute Mehrheit verfügte. Im Ausland war er hochgeschätzt. Aufgrund der Ausnahmestellung Berlins empfingen ihn die Staatschefs aller Welt. Da er fließend Englisch sprach und bei Pressekonferenzen mühelos in der Muttersprache seiner Gastgeber zu kommunizieren verstand, wurde er besonders in den USA geschätzt und nach öffent-

lichen Auftritten regelmäßig nahezu euphorisch gefeiert.¹⁵ Außerdem war Brandt jung und gutaussehend und wirkte gewinnend gerade auch im Fernsehen, das 1960 schon in ca. 30 Prozent der deutschen Haushalte ausstrahlte und mit rasantem Tempo an Bedeutung gewann.¹⁶ Es ist sicher kein Zufall und nicht zuletzt auf Brandt zurückzuführen, dass die Fernsehspots der SPD 1961 beim Publikum den besten Eindruck hinterließen.¹⁷

Mit diesen Attributen – Jugend, Aussehen, Telegenität – eignete sich Brandt auch hervorragend dazu, die Gruppe der «Unentschlossenen» zu beeindrucken, für deren Abstimmungsverhalten weniger reflektierte politische Motive als gefühlte Sympathien entscheidend waren und die sich stärker nach Personen denn Parteien richteten. Diese Wählergruppe hatte 1957 weit überwiegend für die Union votiert, empfand nun aber eine gewisse «kognitive Dissonanz»,¹⁸ war zwar unverändert mit der CDU zufrieden, nicht mehr jedoch mit Konrad Adenauer. Hier kam es für die SPD darauf an, einen populären Kandidaten anzubieten, von dem gleichwohl kein Kontinuitätsbruch zu befürchten war. Brandt erfüllte diese Kriterien. Er war beliebt, 1959 hatten 74 Pro-

14 Vielain, Heinz: Leichtgeschürzte Mädchen werben für Willy Brandt, SPD eröffnete Wahlkampf nach amerikanischem Muster, in: *Passauer Neue Presse*, 07.03.1961.

15 Vgl. Kempfski, Hans Ulrich: «Smiling Willy» bei den Männern des Big Business, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.03.1961.

16 Vgl. Münkel, Daniela: Die Medienpolitik von Konrad Adenauer und Willy Brandt, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (AfS), 41/2001, S. 297–316, hier S. 311; im *Münchener Merkur* wurde 1960 gar schon das «Zeitalter des Bildes» ausgerufen, siehe Noack, Paul: Der Kopf ist alles, in: *Münchener Merkur*, 26.08.1960.

17 Vgl. Holtz-Bacha, Christina: *Wahlwerbung als politische Kultur*, a. a. O., S. 103.

18 Vgl. hierzu Kaase, Max: *Wechsel von Parteipräferenzen, Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961*, Meisenheim/ Glan 1967, S. 121 f.

zent der Befragten eine «gute Meinung» von ihm, 1960 war er zwischenzeitlich der beliebteste Politiker der Bundesrepublik und erstmals in der Nachkriegsgeschichte wurde 1961 bei Nachwahluntersuchungen in nennenswertem Umfang das bessere personale Angebot als Grund für die Wahl der SPD genannt.¹⁹ Gleichzeitig war er ein Mann der gemäßigten Mitte, über den in verschiedenen Redaktionsstuben zumindest ausländischer Zeitungen die Ansicht kursierte, der «Kronprinz» oder «wahre Nachfolger» Adenauers zu sein.²⁰ Und laut einer Umfrage vom Dezember 1960 konnte sogar im Inland ein Großteil der Befragten nicht sicher sagen, welcher Partei er denn eigentlich angehöre. In der wichtigsten Problemgruppe der SPD, bei den weiblichen Wählern, waren es sage und schreibe 82 Prozent, die dieser Erhebung zufolge zwar wussten, wer Brandt war, nicht aber, für welche Partei er kandidierte. Immerhin bis in den Dezember des Vorwahljahres hinein konnten demnach bei einer großen Mehrheit der Frauen die Einschätzungen zu Brandt nicht durch seine Parteizugehörigkeit beeinträchtigt worden sein.²¹

Der Kandidat passte zur Botschaft und Strategie seiner Partei – und auch die Parteibasis unterdrückte im Wahlkampf 1961 ihre Kritik. Die Aktivisten der unteren Organisationsebenen waren mehrheitlich unzufrieden über den Kurswechsel von der intransigenten, notorisch abseits stehenden,

aber stolzen und traditionsbewussten Oppositionspartei hin zur regierungswilligen, anpassungsbereiten, regelrecht harmoniesüchtigen Gemeinsameits-SPD. Die Parteibasis war verwirrt, ihre Selbstgewisheit, das sozialdemokratische Sendungsbewusstsein angekratzt.²² Und auch gegenüber dem Kandidaten bestanden bei den unteren und mittleren Funktionären Ressentiments. Bis vor kurzem noch hatte Brandt schließlich zuverlässig die Gegenposition zur Parteilinie bezogen, war auf Parteitagen eher *persona non grata* denn umjubelter Star gewesen und hatte auch in seinem Berliner Landesverband zermürbende Auseinandersetzungen mit den Anhängern seines Rivalen Franz Neumann zu überstehen gehabt.

Dennoch blieb die Basis ruhig. Zwar hatten die Delegierten Brandt auf dem Parteitag in Hannover 1960 bei den Vorstandswahlen mit einem schlechten Ergebnis einen empfindlichen Dämpfer verpasst, zwar war im April 1961 auf einem Berliner Landesparteitag von den Überresten des Neumann-Flügels ein Putsch versucht und Brandt des Opportunismus bezichtigt worden.²³ Auch wollte wirkliche Begeisterung im Wahlkampf nicht so recht aufkommen. Zu nüchtern und abwägend waren die Reden, namentlich diejenigen Brandts, als dass eine mitreißende Atmosphäre hätte entstehen können. Auf Wahlveranstaltungen brach Jubel bezeichnenderweise immer dann aus, sobald die SPD-Spitzen, und zumal Brandt, einmal den politischen Gegner mit zynischer Ironie, unverblümter Kritik und hämischem Spott attackierten. Das

19 Vgl. o.V.: Brandt – Spitzenführer in der Popularität, in: *Parlamentarisch-Politischer Pressedienst*, 14.12.1960; Struve, Günter: *Kampf um die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965*, Köln 1971, S. 70.

20 Haffner, Sebastian: Ein Kronprinz aus der Opposition, in: *Die Welt*, 27.06.1960.

21 Vgl. o.V.: Für wen kandidiert Willy Brandt?, in: *Aller-zeitung*, 10.12.1960.

22 Vgl. Struve, Günter: Kampf um die Mehrheit, a. a. O., S. 60.

23 Vgl. o.V.: Partei-Opposition gegen Brandt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 08.05.1961.

aber passierte im Wahlkampf 1961 zu sehen, als dass die gewohnte Stimmung hätte aufkommen können und die Zuhörer in den üblichen Siegesrausch versetzt worden wären.²⁴ Trotzdem unterließ es die Basis, von den wenigen genannten Ausnahmen abgesehen, eventuell vorhandene Kritik öffentlich zu äußern. Obendrein zeigte sie sich, Begeisterung hin oder her, im Wahlkampf nicht inaktiver als sonst, wie das zufriedene Resümee Herbert Wehners belegt, in dem er ausdrücklich die individuelle Einsatzbereitschaft der Mitglieder und die kollektive Schlagkraft der Parteiorganisation lobend hervorhob.²⁵

Kritik der schreibenden Zunft

Aus dem journalistisch-intellektuellen Spektrum heraus wurde die Gemeinsamkeitspolitik der SPD allerdings scharf kritisiert. Der neuen SPD-Strategie wurde vorgeworfen, sie sei opportunistisch, biete weder eine klare Linie noch Orientierung, sei überhaupt pure Demoskopie-Politik und impliziere generell eine Vernachlässigung der Oppositionsrolle. Hinter all dem stand die Sorge um die Zukunft der parlamentarischen Demokratie, die zwangsläufig beschädigt würde, wenn die große Oppositionspartei nicht mehr den ihr in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern zugeschriebenen Funktionen nachkäme, die Koalitionsfraktionen zu kontrollieren, zu kritisieren und Alternativen zur regierungsamtlich exekutierten Politik aufzuzeigen.

Insbesondere Brandts «Deutschlandfahrt» veranlasste als Höhepunkt des sozialde-

mokratischen Wahlkampfes und Manifestation der Gemeinsamkeitspolitik zahlreiche Journalisten und Publizisten, kurz: die veröffentlichte Meinung, aber auch einige Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle zu bitterböser Kritik. Vom 10. Mai bis Anfang Juli reiste Brandt kreuz und quer durch die Bundesrepublik. Entsprechend der sozialdemokratischen Wahlkampfrichtlinie, insbesondere parteiferne Wähler anzusprechen und so die Unentschlossenen zu gewinnen, ging die Fahrt des Kanzlerkandidaten schwerpunktmäßig durch Landgemeinden und Kleinstädte. Aufgrund eines straffen Tagesplanes konnte Willy Brandt auf diese Weise von bis zu 50.000 Menschen täglich gesehen und gehört werden. Anstoß wurde dabei nicht nur daran genommen, dass Brandt auch in seinen Reden während der Deutschlandfahrt stets vage und nach allen Seiten verhandlungsoffen blieb. Bemängelt wurde vor allem die Eile und Hektik des Reiseplanes sowie die damit verbundene Oberflächlichkeit der Begegnungen. «Sechshundertmal», so ein Kommentator, hätte Brandt sein «mechanisches Lächeln» an nur einem Tag «in seinen Gesichtsmuskeln unterbringen» und einmal auf tausend Metern «zwölfmal den Hut lüften» müssen.²⁶ Brandt wirkte auf die journalistischen Beobachter wahlweise wie ein «Roboter» oder eine «Gliederpuppe», deren Fäden von seinen Berliner Wahlkampforganisatoren gesteuert wurden und die selbstständig, eigenwillig und außerplanmäßig nichts machen durfte.

So begründet sie sein mochte, war diese Kritik doch scheinheilig. Denn einerseits konnte man billigerweise von der SPD nicht

24 Vgl. Zundel, Rolf: Wenn Brandt von Gemeinsamkeit spricht, in: *Die Zeit*, 10.02.1961.

25 Vgl. Wehner, Herbert: *Der Wahlkampf aus einem Guß*, a. a. O., S. 323 f.

26 Vgl. Schmelzer, Robert: Die Reise eines Roboters., Beobachtungen auf einer Wahlkampfreise Willy Brandts, in: *Ruhr-Nachrichten*, 27./ 28.05.1961.

verlangen, «daß sie allein sich für die Erhaltung der parlamentarischen Opposition in ihrer klassischen Form des Zweiparteiensystems aufopfert»²⁷. Andererseits unternahmen Wahlkampfreisen auch die anderen Spitzenkandidaten und zumal die Bundeskanzler, Adenauer 1961 nicht anders als Erhard 1965. Eng kalkuliert waren deren Zeitpläne ebenfalls. Schließlich ist ein Wahlkampf kurz, und jeder Reisende will von so vielen Wahlberechtigten wie möglich gesehen werden. Brandts Deutschlandreise war so besonders also nicht.

Was wiederum nicht bedeutet, dass Kritik an Brandts Stimmensammelfahrt nicht geübt werden könne. Die Auswahl der Gebiete beispielsweise hing nicht selten von Zufälligkeiten ab, dem Einfluss der Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvorsitzenden etwa oder den Wünschen des jeweiligen Bundestagsbewerbers. Ob der Grundgedanke, die unentschlossenen sowie SPD-fernen Stimmbürger anzusprechen und deshalb vorzugsweise die ruralen Diasporagebiete der Partei anzusteuern, richtig war, ist ebenfalls fraglich. Faktisch nämlich brachte die Deutschlandfahrt Brandt vor allem den eigenen Genossen in der Provinz näher und weniger bisherigen, in ihrer aktuellen Einstellung aber unsicheren CDU-Wählern. Und ob die Sozialdemokraten gut beraten waren, Brandts Reiseauto den Stander des Berliner Bürgermeisters aufzustecken und ihn vor Ort als Berliner Regierenden einzuführen, wo er doch eigentlich für seine Kanzlerkandidatur bei der Bundestagswahl warb, darf bezweifelt werden.²⁸ Das mutmaßlich gravierendste Problem der Deutschlandfahrt war

allerdings, dass die Konzeption der Werbe-reise mit Brandts Charakter kollidierte. Die Deutschlandfahrt war auf persönliche Kontakte angelegt, Brandt war aber im persönlichen Umgang eher gehemmt und distanziert. Daher das Gestelzte, Gekünstelte seines Auftretens.²⁹

Im Übrigen aber war die Deutschlandfahrt durchaus kein Flop, sondern ein – mindestens begrenzter – Erfolg. SPD-Mitgliedern in der Provinz wurde durch die Präsenz ihres Kanzlerkandidaten zusätzliches Selbstbewusstsein im Wahlkampf eingehaucht. Die lokale Presse war angeregt und geschmeichelt durch den ungewohnt hohen Besuch und berichtete breit und – im Gegensatz zu überregionalen Blättern – oftmals positiv über die Deutschlandfahrt. Nicht zuletzt schließlich zeigte sich der Erfolg auch im Endergebnis, lagen die Zugewinne der SPD am Wahltag in den zuvor bereisten Gebieten doch nicht selten bei 10 bis 15 Prozentpunkten und durchweg um mindestens 2 Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Zuwachs des jeweiligen Bundeslandes.³⁰

Potenzielle und faktische Wählerzuwächse

Alle Unbill, die den Sozialdemokraten von der unionsgesteuerten Diffamierungskampagne über die Chruschtschow-Note bis hin zur Kritik zahlreicher journalistisch-literarischer Meinungsbildner entgegenschlug, verhinderte nicht, dass sich in der Bundestagswahl 1961 das Mächtegleichgewicht zu ihren Gunsten verschob. Während die CDU/CSU 4,9 Prozentpunkte und mit

27 Eschenburg, Theodor: Opposition muß nicht Selbstmord sein, in: *Die Zeit*, 08.06.1962.

28 Vgl. Struve, Günter: *Kampf um die Mehrheit*, a. a. O., S. 69f.; Koch, Peter: *Willy Brandt*, a. a. O., S. 230.

29 Vgl. Eichholz, Marianne: Mit dem Homburg in der Hand, Willy Brandts Wahlfahrt 1965 wird vorbereitet, in: *Die Zeit*, 09.04.1965.

30 Vgl. ebd.

45,3 Prozent zugleich ihre absolute Mehrheit verlor, legte die SPD in nahezu derselben Größenordnung um 4,4 Prozentpunkte auf 36,2 Prozent zu und halbierte damit ziemlich genau die 1957 noch annähernd zwanzig Prozentpunkte betragende Differenz zu den Unionsparteien. Bemerkenswert waren die Zugewinne der Sozialdemokraten bei den Direktmandaten. Die Anzahl von Wahlkreisen mit sozialdemokratischer Mehrheit verdoppelte sich 1961 im Vergleich zu 1957 von 46 auf 91, wobei die SPD in 43 Wahlkreisen die CDU als stärkste Partei ablöste. Nicht einmal 1919, dem Jahr ihres triumphalen Erfolges bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung, hatte sie im Gebiet der späteren Bundesrepublik einen so hohen Stimmenanteil erreicht wie 1961.³¹

Der Wahlausgang wurde von den Sozialdemokraten denn auch wenig überraschend als Erfolg wahrgenommen. Nicht nur war ihnen 1961 der Ausbruch aus dem bereits als schicksalhaft empfundenen Dreißig-Prozent-Turm gelungen. Indem sich die Stärkeverhältnisse der beiden Großparteien einander annäherten, deuteten sich auch erste Auflösungserscheinungen der bestehenden, die Unionsparteien begünstigenden Asymmetrie des Parteiensystems an, wodurch wiederum für einen zukünftigen Regierungswechsel überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen wurde. Und nach dem Verlust der absoluten Mehrheit war die Kanzlerdämmerung in der CDU nicht mehr wegzudiskutieren.

Dennoch erfüllte das Wahlergebnis nicht alle von der SPD-Spitze genährten Erwartungen. Zwar glaubte 1961 noch kaum einer ernsthaft daran, dass die SPD stärkste

Partei werden könne, wiewohl es ohne eine solche Hoffnung eigentlich keinen Sinn machte, einen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Der seit 1957 bestehende Abstand zwischen CDU/CSU und SPD war dazu einfach zu groß, ein erforderlicher Zugewinn von mindestens fünf Millionen Wählern im Vergleich zur letzten Bundestagswahl schlicht illusorisch. Doch erreichten die Sozialdemokraten 1961 auch ihr erklärtes Ziel noch nicht, an der Regierung beteiligt zu werden – und sei es als kleinerer Koalitionspartner. Zudem lag ihr Stimmenanteil mit gut 36 Prozent hart an der unteren Grenze ihres Wahlzieles, 37 bis vierzig Prozent der Stimmen erhalten zu wollen.³² Somit stellt sich die Frage, welche Aspekte einerseits für die SPD positiv zu Buche schlugen, sodass die Partei bei der Bundestagswahl immerhin über vier Prozentpunkte hinzugewann, und welche Faktoren andererseits den Wählerzuwachs der Sozialdemokraten hemmten und dadurch einen noch größeren Triumph verhinderten?

Das, wenn man so will, elementare Grundanfordernis eines sozialdemokratischen Stimmengewinnes war der Abbau von Ressentiments in weiten Teilen der Bevölkerung, denen die SPD zuvor als unwählbar galt. Auf diesem Gebiet waren die Sozialdemokraten 1961 ein gutes Stück weit vorangekommen. Bei Umfragen im Vorfeld der Bundestagswahl zeigten sich «erhebliche Umgruppierungen in den Parteisympathien verschiedener Bevölkerungsgruppen»³³. Zahlreiche Wahlbürger konnten sich 1961 erstmalig vorstellen, ihre Stimme der SPD zu geben, wodurch die Erstarrung des Wählermark-

31 Vgl. Wehner, Herbert: *Der Wahlkampf aus einem Guß*, a. a. O., S. 319 ff.

32 Vgl. o. V.: Brandt bleibt Bürgermeister, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.09.1961.

33 Wildenmann, Rudolf / Scheuch, Erwin K.: *Zur Soziologie der Wahl*, a. a. O., S. 56.

tes zumindest ansatzweise aufgebrochen wurde. Das Phänomen des Wechselwählers rückte in Wahlanalysen jetzt in den Vordergrund³⁴, erstmals vermeinten Umfrageinstitute, in den «Unentschlossenen» die wahlentscheidende Gruppe identifizieren zu können.³⁵ In der Wahrnehmung vieler Wähler hatte sich das Parteiensystem zudem entpolarisiert, waren die Parteien zumindest partiell aneinandergerückt. Nach Erkenntnissen der Meinungsforscher von EMNID wurden die drei nach 1961 im Bundestag verbliebenen Parteien von der Bevölkerung gar als «durchaus ebenbürtig»³⁶ empfunden.

Wenn nun auch aus der in Umfragen bekundeten Wählbarkeit einer Partei noch lange nicht deren tatsächliche Wahl folgte, so gelangen der SPD 1961 doch Einbrüche in neue, ihr bisher verschlossen gebliebene Wählersegmente. Dieses Phänomen, die erfolgreiche Ansprache von Wählern über die Grenzen der klassischen Stammwählerschaft hinaus, belegten einerseits die allgemeinen Zahlen, anhand derer sich erstmals in der bundesrepublikanischen Wahlgeschichte ein gewisser, mit einer Größe von fünf Prozent freilich begrenzter, Wähleraustausch zwischen den beiden großen Parteien registrieren ließ.³⁷ Der generelle Trend konkretisierte sich andererseits im Wahlver-

halten bestimmbarer Bevölkerungsgruppen, bei den Katholiken, Bildungsbürgern und Studenten. Wiewohl die Katholiken insgesamt eine besonders ausgeprägte Bindung an die C-Parteien aufwiesen, trotzdem sie im Vergleich mit den protestantischen Bundesbürgern sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung seltener zwischen den Parteien changierten und beispielsweise nur zu rund einem Drittel zu den christdemokratischen Verlusten in Richtung FDP beitrugen – unter den Wechslern von der CDU/CSU zur SPD stellten die Katholiken die Mehrheit.³⁸

In dieselbe Richtung ging die Entwicklung bei den Bildungsbürgern und Studenten. Berufstätige ebenso wie in Ausbildung befindliche Akademiker waren in den fünfziger Jahren ein sicheres Reservoir der Christdemokraten. Noch 1960 sympathisierten laut Umfragen Studenten doppelt so oft mit der Union wie die Mitglieder ihrer Altersgruppe insgesamt, wohingegen nur 13 Prozent für die SPD votierten.³⁹ 1961 nun wurde erstmals ein Wandel im akademischen Zeitgeist spürbar. In einem beim Rowohlt-Verlag während des Wahlkampfes erschienenen Sammelband äußerten sich 21 renommierte deutsche Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle zu der suggestiv gestellten Frage, ob eine neue Regierung gebraucht werde und riefen die Leser unter dem Buchtitel *Die Alternative* unisono zur Wahl der SPD auf.⁴⁰ Und derweil Brandt bei seinen Wahlkampfauftritten ein überdurchschnittlich junges Publikum anzog, das inter-

34 Vgl. Kaase, Max: *Wechsel von Parteipräferenzen. Eine Analyse am Beispiel der Bundestagswahl 1961*, Meisenheim/Glan 1967.

35 Vgl. Blücher, Viggo Graf: *Der Prozeß der Meinungsbildung dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961. Ergebnisse von EMNID-Untersuchungen während und nach der 3. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages*, Bielefeld 1962, S. 27.

36 Ebd., S. 83.

37 Vgl. Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945-1969*, Stuttgart/München 2001, S. 393.

38 Vgl. Kaase, Max: *Wechsel von Parteipräferenzen*, a. a. O., S. 166.

39 Vgl. Bösch, Frank: *Die Adenauer-CDU*, a. a. O., S. 403.

40 Vgl. Ahlers, Conrad: Die Antwort der Literatur, in: *Frankfurter Rundschau*, 29.08.1961.

essiert, wenn auch nicht begeistert, den Ausführungen des Redners lauschte, sah sich Adenauer insbesondere in den deutschen Universitätsstädten – und vor allem in der Schlussphase des Wahlkampfes – mit juvenilen Störaktionen und lautstarken studentischen Unmutsbekundungen konfrontiert.⁴¹

Das Verhalten der Bildungseliten erscheint auf den ersten Blick paradox. Schließlich waren es die Angehörigen derselben Gruppe, die der SPD den Verzicht auf die radikale Rolle der Oppositionspartei besonders vehement übelnahmen und Brandts Gemeinsamkeitsstrategie kategorisch ablehnten. Allerdings war die intellektuelle Unzufriedenheit mit einer dem selbstgefälligen Konsum ergebenden Wohlstandsgesellschaft, einer als labil empfundenen Demokratie und dem kulturellen Konservatismus der Regierung so groß, dass die SPD trotz allem als kleineres Übel wahrgenommen wurde, deren Regierungseinzug daher bei aller Kritik einen Fortschritt darzustellen schien.⁴²

Obwohl – wie häufig betont wurde – der gewandelte Oppositionsstil vorzugsweise die Erwartungen der kritischen Intelligenz sowie der akademischen Jugend enttäuschte,⁴³ blieben sie mangels Alternativen also dennoch bei der Stange. Die Gruppe der Hochgebildeten bestätigte auf diese Weise die Richtigkeit des sozialdemokratischen Wahlkampfes. Zumal sich eine Volkspartei ohnehin nicht zum Sprachrohr der Wünsche einer avantgardistischen Minderheit, die in ihrem Postmaterialis-

mus und in ihrer kulturellen Liberalität der Zeit um Jahre voraus war, machen durfte, sondern der Zustimmung einer möglichst breiten Mehrheit zu versichern versuchen musste. Willy Brandt im besonderen hatte seine diesbezügliche Lektion in den dreißiger Jahren gelernt, als er mit der Splitterpartei SAP und dem norwegischen Kleinstbündnis «Mot Dag» zwei Gruppen angehört hatte, die sich einer gewissen Unterstützung in Intellektuellenkreisen erfreuten, von den Arbeitermassen aber ignoriert wurden und deshalb zu einem kümmerlichen Nischendasein verdammt waren.

Grenzen der Stimmengewinne

Diese Ausführungen müssen freilich so gleich eingeschränkt werden, um die Realitäten nicht zu verzerren. Drängt sich doch nach dem bisher Gesagten unwillkürlich die Frage auf, warum dann die Zuwächse der Sozialdemokraten nicht noch wesentlich höher ausgefallen sind. Denn es ist ja richtig. Zwar gelangen der SPD Einbrüche in neue Wählerschichten, zwar gewann sie an Stimmen hinzu und hatte sich das öffentliche Meinungsbild für die Partei deutlich verbessert – doch die Zuwächse hielten sich gleichwohl in überschaubaren Grenzen. Dafür lassen sich drei Gründe ausmachen. Zum einen war das deutsche Parteiensystem Anfang der sechziger Jahre noch «eingefroren». Der Stammwähleranteil unter den Wahlberechtigten war sehr hoch, die Wählerbindungen an die Parteien noch fest, die Strukturen der politischen Lager intakt und an der Wahlurne realisiertes, nicht bloß in Umfragen artikuliertes Wechselwählen ein minoritäres Phänomen. Die Faktoren, die später den Wählermarkt immer fluidier und den Stimmenmarkt immer umkämpfter werden lassen sollten – Säkulari-

41 Vgl. Kempfski, Hans Ulrich: *Um die Macht*, a. a. O., S. 76 ff.; Ahlers, Conrad: Willy Brandts weicher Welle, in: *Frankfurter Rundschau*, 21.10.1960.

42 Vgl. Raunau, Peter: Brauchen wir eine neue Regierung?, in: *Hannoversche Presse*, 05./06.08.1961.

43 Vgl. z. B. Schönhoven, Klaus: *Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969*, Bonn 2004, S. 24.

sierung, Tertiärisierung, Motorisierung und Medialisierung – deuteten sich 1961 erst an. Daher setzte sich die Anhängerschaft der beiden Großparteien, der Union ebenso wie der SPD, am Anfang der sechziger Jahre noch zu weit über achtzig Prozent aus sogenannten «konsistenten» Wählern zusammen; Wählern mithin, die ihr Kreuz stets an der gleichen Stelle zu machen pflegten. Aufkommende Zweifel ob der Richtigkeit bisherigen Wahlverhaltens, durch Unzufriedenheit mit dem Bundeskanzler und fortbestehende Bindung an die CDU/CSU gespeiste «kognitive Dissonanzen» wurden beim Wahlgang 1961 ob der Kürze der Zeit für gewöhnlich noch zugunsten der alten Präferenz aufgelöst.⁴⁴ Die EMNID-Forscher wähten die Beweggründe eines solchen Stimmverhaltens in «Klischee-Motiven» und verbuchten die Triebfeder des Wahlverhaltens dieser wichtigen Wählergruppe unter dem Rubrum «Motivversandung», worunter sie die «Beibehaltung von Gewohnheitsreaktionen, ohne dass ihre Gründe noch bewusst erlebt wurden»⁴⁵ verstanden.

Eng damit zusammenhängend wurde der Wahlerfolg der SPD zweitens dadurch beeinträchtigt, dass sich die Unzufriedenheit mit Adenauer vorzugsweise in lagerimmanenten Verschiebungen auswirkte. Daher wurde die FDP zum großen Sieger der Bundestagswahlen 1961. Ihr Wahlwerbeselogan «Mit der CDU/CSU ohne Adenauer» kongruierte mit den Überlegungen, Absichten und Wünschen breiter Bevölkerungsgruppen, Adenauers Amtszeit zu beenden aber zugleich an der CDU/CSU festzuhalten. Die Freidemokraten waren darum die

Hauptnutznießer des gewachsenen Überdrusses an Konrad Adenauer. Aus demselben Grund profitierten die Sozialdemokraten weniger stark als zunächst angenommen vom Unmut gegenüber dem Bundeskanzler und der Kritik an seinem Verhalten im Zuge des Mauerbaus. Auch aufgrund der Möglichkeit, Adenauer durch die Wahl der FDP abzustrafen – und nicht nur wegen der Chruschtschow-Note – entschieden sich zahlreiche unzufriedene Stimmbürger, die unmittelbar nach dem Mauerbau mit der SPD kokettierten, an der Wahlurne letztlich doch nicht für die Sozialdemokratie. Eine Reduktion des bürgerlichen Lagers gelang der SPD jedenfalls kaum, beziehungsweise, sofern man dieses mit den Parteien CDU/CSU und FDP gleichsetzt, gar nicht. So betrug 1957 der Stimmenanteil beider bürgerlichen Parteien 57,9 Prozent, 1961 zusammengenommen aber sogar 58,1 Prozent.

In der unverändert gewichtigen Bedeutung der politischen Lagergrenzen für das Wahlverhalten spiegelte sich ein dritter erfolgsmindernder Faktor für die elektoralen Chancen der SPD. Die Stimme den Sozialdemokraten zu geben, erschien dem Gros der Wähler 1961 noch ein zu großer Schritt zu sein. Das Image für die SPD entsprach Anfang der sechziger Jahre noch weitgehend dem der fünfziger, im Bewusstsein der bundesdeutschen Mehrheit hatte sich der Einschnitt, den die Godesberger Programmreform von 1959 bedeutete, allenfalls ansatzweise niedergeschlagen. Nach den Umfragen der Meinungsforscher unterschieden sich die Parteiprofile in den Augen der Befragten 1961 weiterhin deutlich voneinander. Dem Kurswechsel der SPD wurde außerhalb der sozialdemokratischen Anhängerschaft misstraut, eine Annäherung der beiden Großparteien – wie sie durch die

44 Kaase, Max: *Wechsel von Parteipräferenzen*, a. a. O., S. 121 f.

45 Blücher, Viggo Graf, *Der Prozess der Meinungsbildung*, a. a. O., S. 58 f.

sozialdemokratische Gemeinsamkeitspolitik und das Postulat der «Gemeinschaftsaufgaben» ausgedrückt wurde – von immerhin knapp 50 Prozent der Befragten nicht wahrgenommen. Dem Godesberger Programm speziell wurde «nicht recht getraut», seine Verabschiedung als «taktisch bedingtes Verhalten» interpretiert. Wie überhaupt der Programmtext – und also der inhaltlich vollzogene Wandel der SPD – einem Großteil der Wahlberechtigten und selbst weiten Teilen der SPD-Mitglieder 1961 gänzlich unbekannt war.⁴⁶

Das in über zwölf Jahren aufgebaute Misstrauen gegenüber der demokratischen Zuverlässigkeit der SPD, die Annahme, ein Triumph der Sozialdemokraten bedeute massenhafte Enteignungen und Verstaatlichungen, die geschürte Furcht, sie stünden mit den Kommunisten im Bunde, sowie die eingepfimte Angst vor den atheistischen Kirchenstürmern ließ sich nicht gleichsam über Nacht ausräumen. Der katholische Klerus lieferte nur ein, wenn auch markantes, Beispiel für die Kontinuität der Ablehnung. Obwohl die Sozialdemokraten seit 1959 unermüdlich Versöhnungsgesten an die Katholiken aussandten und im Godesberger Programm Eigenständigkeit und besonderer Auftrag der Kirchen anerkannt wurden, wengleich Brandt in dieser Zeit zum Papst nach Rom reiste und Herbert Wehner gar als Laienprediger in der Hamburger Michaelskirche sprach, warnten die Bischöfe auch 1961 in ihrem Hirtenwort mit Blick auf die SPD wieder unmissverständlich vor der Wahl ungläubiger Kandidaten. Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlichte kirchenfreundliche Broschüren und sanktionierte Kirchenkritik mit drakonischen Strafen bis hin zum sofortigen Parteiausschluss,

aber von katholischer Seite ernteten die Sozialdemokraten bis in die Mitte der sechziger Jahre hinein nur Verdächtigungen, Verachtung und Hohn. So verwundert es nicht, dass trotz begrenzter Zuwächse auch 1961 nur 26 Prozent der katholischen Wähler für die SPD stimmten und die CDU/CSU sage und schreibe 105 von 110 mehrheitlich katholischen Wahlkreisen gewann.⁴⁷

Das Hauptproblem der Sozialdemokraten war also 1961 nicht, wie von zeitgenössischen Beobachtern zumeist kritisiert, dass sie sich der CDU/CSU zu weitgehend anverwandelt hätten und ununterscheidbar geworden wären, weshalb die Wähler dann das Original der Kopie vorgezogen hätten. Den Knackpunkt bildete ganz im Gegenteil unverändert die verbreitete Perzeption einer zu großen Distanz, eines schroffen Gegensatzes zwischen den Unionsparteien und der SPD. Nicht dass sie als «schwarze» Zwillingbrüder galten, minderte ihre Wahlchancen, sondern dass sie nach wie vor als «Rote» verunglimpft wurden und ihre Gegner selbst in der Berichterstattung über völlig unpolitische Wahlwerbveranstaltungen stets den Eindruck zu erwecken versuchten, als hätten die Gesichter der Künstler, die Jacketts der Kabarettisten, die Lippenstifte der Tänzerinnen und die überreichten Blumen immer eines gemeinsam gehabt – das Rote, die Farbe des Sozialismus und der Sozialdemokratischen Partei.⁴⁸

Das war nicht Willy Brandts Schuld, der gegen solche Verdächtigungen aufgrund seiner Berliner Tätigkeit weitgehend immun war. Aber machen konnte er dage-

47 Vgl. Lösche, Peter / Walter, Franz: *Die SPD, Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt 1992, S. 303f.; außerdem Struve, Günter: Kampf um die Mehrheit, S. 120.

48 Vgl. Vielain, Heinz: *Leichtgeschürzte Mädchen werden für Willy Brandt*, a. a. O.

46 Vgl. ebd., S. 40 ff.

gen auch nichts. Denn nicht die Persönlichkeit des Kandidaten an sich und ihr Charakterbild gaben 1961 – und geben bei Bundestagswahlen ganz generell – den Ausschlag, sondern die Kombination von Person plus Parteiimage, die Personifizierung der Parteiziele entschied die Wahl. Kurzum: Brandt hatte 1961 aufgrund des nicht mehrheitsfähigen Images der SPD

keine Chance, die CDU/CSU gewann trotz Adenauer.

So wiederum könnte vielleicht nach dem 27. September auch ein Fazit des diesjährigen Wahlausganges ausfallen. Aber damit wären wir wieder in der Jetztzeit angekommen, bei der Darstellung des Zustands der Gegenwarts-SPD und einer Niedergangserzählung. ■

Gero Neugebauer

Am Ende ist alles gut. Und wenn nicht, dann muss es nicht das Ende sein.

Versuch einer vorläufigen Antwort auf die Frage, ob die Person oder die Partei die Wahlentscheidung bestimmt

Als Olaf Scholz im August 2020 als Kanzlerkandidat der SPD nominiert wurde, war der Spruch «Mit Scholz, da rollt's», mit dem seit Jahrzehnten ein Berliner Transportunternehmen wirbt, für ihn nicht frei. Doch davon überzeugt war er schon, denn in Umfragen wurde er als Politiker gut bewertet. Offensichtlich setzte er darauf, dass für das Wahlvolk das Personalangebot, insbesondere die Spitzenkandidaten, eine größere Bedeutung für die Wahlentscheidung haben würde als Faktoren wie die Parteibindung und die der Partei zugeschriebenen Kompetenzen für die Lösung der den Wählern als wichtig erscheinenden Probleme. Die These der herausgehobenen Bedeutung der Person, eine für lokale Wahlen in der Regel unbestreitbare Tatsache, wurde nach dem Aus-

gang der beiden Landtagswahlen im Frühjahr 2021, bei denen der Kandidatenfaktor für das Ergebnis ausschlaggebend gewesen sein soll, arg strapaziert. Zum einen wurde argumentiert, dass seit 2017 bei allen Landtagswahlen die Partei gewonnen habe, die bis dahin die Regierung anführte, und zum anderen sei nun dieser Faktor das entscheidende Kriterium für den Ausgang der Bundestagswahl 2021 geworden, denn seine wachsende Bedeutung sei seit mehreren Bundestagswahlen zu beobachten¹. Diese Argumentation wurde durch Markus Söder

¹ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 24. September 2017. Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V.*, Nr. 170, S. 35.

beeinflusst, der sich seit August 2020 unter Berufung auf gute Umfragewerte als potenzieller Nachfolger von Angela Merkel zu profilieren versuchte; er hat das Argument noch nach seiner Niederlage im Kandidatenwettbewerb gegen Armin Laschet fortgeführt. Auch Olaf Scholz scheint ein Fan der Politikerbewertung in Umfragen zu sein. Mit dem Argument, seine gute Position im Ranking der zehn wichtigsten Politiker beweise seine Beliebtheit, hatte er bereits 2019 für sich als Kandidat für den Vorsitz der SPD geworben; den Wettbewerb dann verloren. Gemessen an den Umfragewerten schien er gute Chancen zu haben: Zum Zeitpunkt der Nominierung belegte er mit einer Bewertung von +1,6 den dritten Platz auf der Liste der zehn wichtigsten Politiker und 58 Prozent der Befragten meinten, das würde sich positiv für die SPD auswirken; die Partei hatte in der «Sonntagsfrage» gerade um zwei Prozent auf 16 Prozent zugelegt². Zudem begann er, sein Profil als Kanzlerkandidat durch eine Strategie begrenzter Konflikte in der Koalition zu schärfen. Das wurde ihm durch die Schwächung der Union angesichts von internen Problemen wie das Suchen nach einem Nachfolger im Parteivorsitz und nach einem Kanzlerkandidaten erleichtert. Der SPD verhalf das aber nicht zu mehr Profil und einer positiveren Bewertung in Umfragen.

Vielleicht war das ein Grund dafür, dass die nach der Nominierung auf dem Wahlparteitag der SPD im Mai 2021 gestartete Kampagne besonders den Kanzlerkandidaten heraushebt und damit der These von der zunehmenden Bedeutung des Kandidaten für die Wahlentscheidung folgt. Die Situation war für ihn nicht ungünstig. Der Kandidat lag im Vergleich mit anderen Poli-

tikern auf Platz fünf der Liste der zehn wichtigsten Politiker und vor den konkurrierenden Kanzlerkandidaten relativ gut. Die von ihm repräsentierte Partei stand jedoch mit einer Bewertung von 14 Prozent als Objekt der Wahlbegierde relativ schlecht da³.

In der Wahlkampfkommunikation als spezifischer Form der politischen Kommunikation zielen die Aktivitäten der Parteien bzw. der mit der Durchführung der Kampagnen beauftragten Agenturen⁴ darauf ab, Stammwähler zu mobilisieren, Wechselwähler zu halten und Neuwähler zu gewinnen. Die Annahme, dass der Kandidatenfaktor an Bedeutung gewonnen habe, wirkt sich auf die Personalisierungsstrategien der Parteien sowie der Medien und dadurch wiederum auf die Personalisierungsstrategie der Wähler aus. Die Folge ist, dass die Aufmerksamkeit des Publikums stärker auf Personen und deren Image als insgesamt auf Wahlprogramme gerichtet wird. Personalisierungsstrategien von Parteien, sofern sie angesichts der Wahrscheinlichkeit, eine Regierung anführen zu können, überhaupt für notwendig gehalten und nicht wie im Fall der 18-Prozent-Kampagne (Strategie 18) der FDP 2002 im besten Fall als überflüssig, wenn auch spaßig, charakterisiert werden, folgen einer bestimmten Logik: Der Anspruch, eine Regierung anführen zu wollen, macht die Nominierung einer Person als Spitzenkandidat notwendig, die

2 FGW, *Politbarometer* August 2020 KW 35.

3 FGW, *Politbarometer* Mai II 2021 KW 20.

4 Die SPD zieht mit Unterstützung der Agentur Brinkert Lück Creatives in den Wahlkampf. Mit der Agentur wurde ein erfolgsabhängiges Honorar vereinbart, das an die Erreichung eines (nicht öffentlich genannten) konkreten Wahlergebnisses geknüpft ist. Vgl. https://www.horizont.net/marketing/nachrichten/bundestagswahl-2021-so-viel-investieren-die-einzelnen-parteien-in-den-wahlkampf-191145?utm_medium=xingNLnews&xing_share=news, 18.5.2021.

in der Kampagne als Kanzlerkandidat fungiert. Die Qualifikation der Person soll sich bereits im Prozess der Nominierung zeigen, was eine gewisse Transparenz des Auswahlprozesses voraussetzt. Gelingt dieser Prozess ohne Konflikte, wird die Spitzenperson als fähig beurteilt, die Partei zu integrieren. Das trägt dazu bei, dass sie das Image gewinnt, handlungs- und mobilisierungsfähig zu sein bzw. so erscheint. Der SPD ist zumindest gelungen, das Image einer «Selbsterfahrungsgruppe» zu korrigieren, das nach dem Rücktritt von Andrea Nahles sowie dem langwierigen Auswahlverfahren einer neuen Führung entstanden war. Wird ein Parteiführer auch Spitzenkandidat, können diesem aufgrund dieser Funktion Integration und Imagepflege besser gelingen als jemandem ohne dieses Amt. Frank-Walter Steinmeier 2009 und Peer Steinbrück 2013 sind dafür Beispiele; Martin Schulz (2017) fehlten dafür Zeit und andere Voraussetzungen, darunter ausreichende Unterstützung aus Parteikreisen. Olaf Scholz hatte sowohl die Unterstützung der Partei- als auch der Fraktionsführung. So wurde verhindert, was der Union passierte, dass nämlich am Ende eines konfliktreichen Prozesses das Image der Partei beschädigt war und ihre Bewertung in Umfragen deutlich schlechter wurde.

Kandidaten haben die Aufgabe, in der Öffentlichkeit für sich und ihre Partei zu werben, im Besonderen für ihre persönlichen Kompetenzen, die im optimalen Fall mit denen der Partei übereinstimmen und im besten Fall übertreffen⁵, das Wahlprogramm zu vertreten und sich mit den Konkurrenten auseinanderzusetzen; das erfolgt

primär im Rahmen von diversen Aktivitäten, darunter in analogen wie digitalen Medien. Auf die Art und Weise seiner Darstellung haben die mit der Durchführung der Kampagnen beauftragten Agenturen wesentlichen Einfluss.

Personalisierungsstrategien der Parteien wirken auf die der Medien ein, wie umgekehrt diese Rückwirkungen auf die Parteistrategien haben. Öffentlich-rechtliche Medien richten in Wahlkampfzeiten ihre Kommunikation an ihrer Verpflichtung zur Berichterstattung über die Öffentlichkeit interessierende Angelegenheiten aus, private Medien ebenfalls an politischen wie zugleich an ökonomischen Interessen: Was wenig berichtenswert erscheint, wird negiert, denn Medienprodukte müssen schließlich verkauft werden. Mehr als Stichworte zu Programminhalten sind kaum zu finden, Stellungnahmen bzw. Kommentierungen legen häufig keinen Wert auf Neutralität⁶. Darstellung und Bewertung von Personen folgen den Grundsätzen der allgemeinen Personalisierungsstrategie der Medien: Interesse an Personen erwecken, Stories über sie erzählen, Skandale zu thematisieren und damit Einfluss auf deren Bild in der Öffentlichkeit zu nehmen⁷. Was und

5 Vgl. Olaf Scholz über die Kanzlerschaft: «Die Stunde der SPD beginnt», <https://taz.de/OlafScholz-ueber-die-Kanzlerschaft/15760440/>, 10.04.2021.

6 Das Fazit einer Analyse der Berichterstattung von 19 Medienerzeugnissen auf Community-Plattformen über den Wahlkampf 2017 lautete: In wesentlichen politischen Fragen sind diese Medien einer einheitlichen Meinung gewesen, was zu einer klaren Präferenz zugunsten der Union (inkl. FDP) und zulasten der SPD (sowie der LINKEN und Grünen) geführt hat; die Medien würden deshalb «rechts von der Mitte stehen!» Sigismund Ruestig, Massenmedien in Deutschland, <https://www.freitag.de/autoren/sigismundruestig/massenmedien-in-deutschland-2>

7 Vgl. als Beispiel die «Scholz-Story im Magazin focus: <https://praxistipps.focus.de/so-reich-ist-olaf-scholz-von-der-spd-einkommen-frau-und-finanz-skandale-129304>, 18.02.2021 oder die Bemerkung über